

Antonio Muñoz Sánchez

Von der Franco-Diktatur zur Demokratie

Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien

Aus dem Spanischen von
Friedrich Welsch

Mit einem dokumentarischen Anhang, der den Sachbericht von
Dieter Koniecki über seine Sondierungsreise nach Spanien im Jahre 1975
sowie den Beitrag von Hans Apel »Spanien und die EWG«
aus dem Jahre 1967 enthält

und mit einem Vorwort von
Niels Annen

Reihe

Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 11



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb/db.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0447-1

© 2013 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg
Druck und Verarbeitung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2013

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Niels Annen	9
--	----------

Antonio Muñoz Sánchez

Von der Franco-Diktatur zur Demokratie

Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien	13
--	-----------

1 Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Franco-Diktatur	13
1.1 Die deutsche Sozialdemokratie und die spanische Frage in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland	13
1.2 Neue Opposition und der Beginn der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien (1962–1966)	21
1.2.1 Die Europäisierung der SPD-Politik gegenüber Franco-Spanien	21
1.2.2 Überzogene Erwartungen: Das Wiedererstehen des Sozialismus in Spanien	27
1.2.3 Die Friedrich-Ebert-Stiftung tritt auf den Plan	33
1.2.4 Spanienmission: Die Reise von Robert F. Lamberg im Herbst 1966	39
1.3 Die Friedrich-Ebert-Stiftung und der schrumpfende Partner PSI (1967–1974)	45
1.3.1 Im Osten wie im Westen: Die Spanienpolitik der SPD im Zeitalter der Entspannung	45
1.3.2 Der Beginn der Zusammenarbeit mit der PSI	53
1.3.3 Die Friedrich-Ebert-Stiftung verirrt sich im Labyrinth des spanischen Sozialismus	62
1.3.4 Das Ende der Zusammenarbeit mit der PSI	70
2 Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Akteur im Übergang zur Demokratie	77
2.1 Die Jahre vor den ersten demokratischen Wahlen (1975–1977)	77
2.1.1 Wiederentdeckung der PSOE durch SPD und Friedrich-Ebert-Stiftung in der Agonie des Frankismus	77
2.1.2 Dieter Koniecki entwickelt einen Arbeitsplan der Stiftung für den Übergang zur Demokratie in Spanien	88
2.1.3 Die Eröffnung der Vertretung in Madrid	93

2.1.4	Aufbau der Struktur der PSOE und der UGT in Spanien	99
2.1.5	Stärkung der Führungsrolle von Felipe González	107
2.1.6	Dieter Koniecki: Botschafter der SPD in Spanien	112
2.1.7	Die Wahlen vom 15. Juni 1977	127
2.2	Konsolidierung der Sozialisten als Regierungsalternative (1977–1982)	136
2.2.1	Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Werkzeug eines kleinen Marshallplans für Spanien	136
2.2.2	Gründung der Stiftungen Pablo Iglesias und Largo Caballero	151
2.2.3	Unterstützung der UGT bei den ersten Betriebsratswahlen	156
2.2.4	Der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Abfassung der spanischen Verfassung von 1978	164
2.2.5	Demokratisierung der Kommunen: Das Zentrum für Verwaltungsstudien	169
2.2.6	Marx oder Felipe: Das »Bad Godesberg« der PSOE	175
2.2.7	Sozialpartnerschaft und der Durchbruch der UGT zur stärksten Gewerkschaft	182
2.2.8	IESA: Eine sozialdemokratische Denkfabrik für die PSOE	194
2.2.9	Der steinige Weg der PSOE an die Macht: Krise, Staatsstreik und Wahlsieg	201
3	Die Friedrich-Ebert-Stiftung und das europäische Spanien: Neue Zeiten, neue Herausforderungen	215
3.1	Sozialistische Kaderschulung und Sozialpartnerschaft	219
3.2	Gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	226
3.3	Anerkennung, Flick-Skandal und Vergessen: Die Aufnahme der FES in Spanien	233

Dokumentarischer Anhang

Dieter Koniecki

Sachbericht vom 13. Dezember 1975 über eine Sondierungsreise nach Spanien im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung	239
--	-----

Hans Apel

Spanien und die EWG	267
-------------------------------	-----

Anhang

Abkürzungen	273
Quellen- und Literaturverzeichnis	276
Bildnachweis	281
Personenregister	282
Über die Autoren und den Übersetzer	287

Vorwort

Muñoz Sánchez' Buch über die Arbeit der FES in Spanien liest sich streckenweise wie ein Krimi. Angesichts der turbulenten Geschichte der jungen spanischen Demokratie ist das eigentlich kein Wunder. Dennoch wird die Lektüre manchen Zeitgenossen überraschen, denn das Wissen über die diktatorische Vergangenheit des heutigen Mitgliedslandes der Europäischen Union ist nach über 30 Jahren Demokratie bereits wieder weitgehend verschüttet. Auch deshalb kommt dieses Buch zum rechten Augenblick, denn es erinnert gerade in einer Zeit, in der Südeuropa aus Sicht der deutschen Politik wieder als Krisenregion firmiert, daran, dass die heutige demokratische Verfasstheit des spanischen Staates alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist.

Muñoz Sánchez' Arbeit beschreibt auf der Basis von Originaldokumenten kenntnisreich und lebendig die Entwicklungen der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) von der durch die alten Kader dominierten Exilpolitik über die aufflammenden innerparteilichen Auseinandersetzungen bis zum Aufstieg einer neuen Führungsgeneration um Felipe González und Alfonso Guerra, die mit der schrittweisen Umwandlung der PSOE in eine moderne sozialdemokratische Partei die Grundlage für die spätere Regierungsübernahme legten.

Doch bis zum triumphalen Wahlsieg von Felipe González 1982 war es ein weiter Weg. Mit zunehmender Dauer des Exils nahm der politische Einfluss der PSOE in Spanien ab, während sie gleichzeitig ihre kompromisslose Rhetorik verschärfte. Die SPD, die mit der eindeutigen antifaschistischen Haltung ihrer spanischen Genossen zunächst sympathisiert hatte, wurde durch diese starre Haltung zunehmend vor ein Dilemma gestellt. Denn während sich die PSOE immer stärker in innerparteiliche Fehden verstrickte und ihre Energie darauf verwendete, ihren Alleinvertretungsanspruch aufrechtzuerhalten, stieg das Prestige der im Land stärker präsenten Kommunisten an. Mit der Zeit wurde der SPD-Führung klar, dass eine Neuausrichtung ihrer Spanienpolitik das schmerzhafteste Eingeständnis abverlangte, dass Franco nicht durch die exilierte Opposition gestürzt werden könne. Zudem veränderte sich der Blick auf den Charakter des Regimes, das in den 60er-Jahren damit begann, sich zu modernisieren und stärker auf die Europäische Gemeinschaft zu orientieren. Die SPD, die nach ihrem Godesberger Parteitag und Herbert Wehners Bundestagsrede zur deutschen Bündnispolitik grundsätzlich auf die Politik der Westintegration Deutschlands eingeschwenkt war, setzte nun auf eine langfristige Strategie zu Demokratisierung Spaniens und war dafür auch bereit, einen Konflikt mit

der PSOE-Führung im Exil um Rodolfo Llopis einzugehen und die Isolation des Franco-Regimes aufzubrechen. Eine Demokratie, so fasst Muñoz Sánchez diese Haltung zusammen, könne es nach der Zeit Francos nur geben, wenn eine gemäßigte Linke entstehe. Und die europäischen Sozialisten müssten die Linke unterstützen.

Diese Grundüberlegung sollte die sozialdemokratische Spanienpolitik von nun an bestimmen. Dass es SPD und FES nicht bei Ankündigungen beließen, hing maßgeblich mit dem Engagement der Stiftung und ihres Repräsentanten in Madrid zusammen. Von dieser Geschichte handelt das vorliegende Buch.

Spanien besaß spätestens seit der Zerschlagung der Republik im Bürgerkrieg einen besonderen Stellenwert für die deutsche Linke. Für die ostdeutschen Kommunisten musste das Engagement in den internationalen Brigaden als Legitimation für die eigene Herrschaft herhalten und wurde mythisch verklärt. Aber auch Sozialdemokraten wie Peter Blachstein (dessen Bundestagswahlkreis Hamburg-Eimsbüttel ich von 2005–2009 vertreten durfte) hatten in Spanien gekämpft, woraus sich eine besondere Bindung ergab.

Nach dem Krieg war das Engagement der SPD für die spanische Demokratie stets vom Gedanken der Wiedergutmachung für die Rolle Nazi-Deutschlands an der Seite Francos beeinflusst. Doch Muñoz Sánchez weist noch auf einen anderen Aspekt hin, der die Politik der SPD und die Arbeit der FES nicht nur in Spanien prägen sollte. Die traumatische Erfahrung einer zerstrittenen Arbeiterbewegung hatte tiefe Spuren hinterlassen, nicht nur bei den unmittelbar Beteiligten wie Blachstein, der als Aktivist der *Partido Obrero de Unificación Marxista* (POUM) von den Kommunisten inhaftiert worden war. Die Vereinigung der nicht kommunistischen Linken, wie sie in Spanien praktiziert werden sollte, war eine unmittelbare Konsequenz aus den Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg.

Daneben war die sozialdemokratische Spanienpolitik von den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges geprägt. Ob die Gefahr, die von einer starken KP und einer mehrheitlich kommunistisch geprägten Gewerkschaftsbewegung für Spanien ausging, wirklich so real war, wie es die Verantwortlichen damals annahmen, mag man heute mit Recht bezweifeln. Die massive Unterstützung nicht nur der PSOE, sondern auch die Bevorzugung der sozialistischen *Unión General de Trabajadores* (UGT) gegenüber den kommunistischen *Comisiones Obreras* (CCOO) spricht dafür, wie real die Gefahr eingeschätzt wurde und wie wenig selbstverständlich die Integration Spaniens in den Westen letztendlich war. Muñoz Sánchez belegt anhand seiner reichhaltigen Quellen, dass die Politik der SPD gegenüber Spanien nicht – wie leider heute oft üblich – im

Apparat der Partei, sondern von den führenden Vertretern wie Willy Brandt, Hans Matthöfer oder Herbert Wehner direkt und intensiv beraten und entschieden wurde.

Die Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien ist untrennbar mit ihrem langjährigen Leiter der Repräsentanz der Stiftung in Spanien, Dieter Koniecki, verbunden. Ohne Konieckis Aufbauarbeit, ohne seine analytischen und diplomatischen Fähigkeiten und sein schnell wachsendes, keineswegs nur das sozialistische Spektrum umfassendes Netzwerk wäre der Erfolg der FES nicht möglich gewesen. Koniecki organisierte zudem zahllose Seminare, um die Mitglieder der PSOE und der UGT auf ihre zahlreichen Aufgaben vorzubereiten und bei Wahlen wettbewerbsfähig zu machen. Und er schuf das bis dato einzige Forum für einen Dialog der Sozialpartner. Muñoz Sánchez nennt ihn daher auch zu Recht den »Botschafter der SPD in Spanien«. Konieckis nüchternen Bericht von Ende 1975 wurde zur Grundlage der – mit der SPD und den deutschen Gewerkschaften eng abgestimmten – Arbeit der FES in Spanien. Er ist in der Anlage dieses Buches erstmals in voller Länge veröffentlicht – ein Dokument, von dem der Autor damals noch nicht ahnen konnte, dass es im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte schreiben würde.

Konieckis Analyse über die gesellschaftliche und politische Realität des Landes erwies sich als richtig. Politische Wirkungskraft entfalten konnte sie aber erst durch seine außergewöhnliche Überzeugungskraft, seinen Durchsetzungswillen (von dem ich mir während eines Praktikums in Madrid in seinem Büro selbst überzeugen konnte) und seinen direkten Kontakten sowohl zu Felipe González als auch zu Willy Brandt und der SPD-Spitze. Dass die Führung der FES ihn dabei stets rückhaltlos unterstützte, muss ebenfalls erwähnt werden. Denn allein auf die PSOE und ihre junge Führung zu setzen war politisch nicht ohne Risiko. Die beträchtlichen personellen und finanziellen Mittel, die die FES in ihr Spanienprojekt investierte, haben zweifellos zur Etablierung und Konsolidierung der iberischen Demokratie einen wichtigen Beitrag geleistet.

Wohl auch deshalb weist Muñoz Sánchez in diesem Buch darauf hin, dass die spanischen Sozialisten heute oft ungerne über den Beitrag der FES und der SPD zum Aufbau ihrer Partei sprechen. Dass die PSOE zeitweise aus taktischen Gründen ein Interesse daran hatte, die Dimension der Hilfe zu relativieren, mag während des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie legitim gewesen sein. Dass aber auch heute noch nicht gerne darüber gesprochen wird, ist nicht immer nachvollziehbar. Das vorliegende Buch trägt somit auch zu einer nötigen Würdigung der Arbeit von Dieter Koniecki, der FES und der SPD bei, die in der politisch interessierten Öffentlichkeit zwar bekannt ist, deren

Umfang und enorme Bedeutung für den erfolgreichen Übergang Spaniens zur Demokratie und die Etablierung der PSOE als führende Kraft im linken Lager erst durch Muñoz Sánchez' Forschungen in dieser Kompaktheit dokumentiert und damit nachvollziehbar wird.

Ganz nebenbei macht die Lektüre zudem deutlich, wie wenig »zurückhaltend«, um einen heut viel zitierten Begriff aus der außenpolitischen Debatte in Deutschland aufzugreifen, die deutsche Politik in Bezug auf Spanien gewesen ist. Und noch ein weiterer Gedanke Muñoz Sánchez scheint mir hier erwähnenswert: Spanien war in gewisser Weise die konsequente Anwendung der Ideen der Ostpolitik auf ein Land im Süden, und zwar gegenüber einer Rechtsdiktatur. Sowohl innerhalb der SPD als auch der Exilführung der PSOE wurde jeder Kontakt mit der faschistischen Regierung strikt abgelehnt und zum Teil als Verrat kritisiert: ein Aspekt, der gerne übersehen wird, wenn der SPD – ja bekanntlich bis heute – heimliche Sympathien für die Kommunisten im Osten vorgehalten werden. Die konsequente Unterstützung der PSOE gegenüber der *Partido Comunista de España* (PCE) und der UGT gegenüber den *Comisiones Obreras* (CCOO) sollte solche Vorwürfe nachhaltig widerlegt haben.

Berlin, im Juli 2013

Niels Annen

Antonio Muñoz Sánchez

Von der Franco-Diktatur zur Demokratie

Die Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien

- 1 Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Franco-Diktatur
- 1.1 Die deutsche Sozialdemokratie und die spanische Frage
in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland

Die radikale Ablehnung der Diktatur Francisco Francos war das A und O der Haltung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber Spanien in der Nachkriegszeit, eine frontale Ablehnung, ohne Nuancen, ebenso ideologisch, moralisch und unnachgiebig wie ihre gesamte Außenpolitik. Das Franco-Regime hatte sich mithilfe Hitlers etabliert; ein wahrhaftig demokratisches Deutschland müsse seine Ehrenschild gegenüber dem spanischen Volk anerkennen und dürfe, wie Kurt Schumacher sagte, nicht ruhen, »bis die letzten Überbleibsel des Faschismus in Europa ausgerottet sind«.¹ Da der Frankismus untrennbar mit dem Spanischen Bürgerkrieg verbunden war, musste jeder Versuch einer Meinungsbildung gegen das Regime die Sache der Republikaner in diesem Konflikt rechtfertigen. In der jungen Bundesrepublik war das jedoch so gut wie unmöglich. Der geradezu aggressive Antikommunismus der Adenauer-Regierung erweckte das Zerrbild des Spanischen Bürgerkriegs als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei wieder zum Leben, das die Nazipropaganda den Deutschen mit Erfolg eingepägt hatte. Diese Sichtweise schürte ein starkes Vorurteil gegen diejenigen, die Franco im Krieg bekämpft hatten und ihn immer noch stürzen wollten. Dass das verhasste Pankow-Regime den Spanienkämpfern eine Vorrangstellung im politischen und gesellschaftlichen Leben einräumte, war ebenfalls wenig hilfreich für die Sache der Franco-Gegner in der Bundesrepublik.² Im demokratischen Europa gab es in keinem anderen

1 Kurt Schumacher an Rodolfo Llopió, 22.6.1950, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der FES, Bonn, Archiv Kurt Schumacher 79.

2 Michael Uhl, Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004.

Land eine dem Frankismus so wohlgesonnene öffentliche Meinung, und sie hat jahrelang die politische Diskussion über Spanien entscheidend geprägt.³

Im Jahr 1953 unterzeichneten Madrid und Washington ein Abkommen über Zusammenarbeit, das den Frankismus stärkte und aus seiner Isolierung befreite. Nach dem Beitritt zu den Vereinten Nationen (VN) 1955 führte ein neues, technokratisches Kabinett, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank beraten, ein Stabilisierungsprogramm durch, das dem erstarrten Autarkiesystem ein Ende setzte und die spanische Wirtschaft auf die Eingliederung in die Weltwirtschaft vorbereitete. In diesem Zusammenhang ging Madrid auf die Bonner Forderung nach Rückgabe des Vermögens des Dritten Reichs in Spanien ein, welches das Franco-Regime nach 1945 konfisziert hatte, und räumte damit eine schwere Belastung der beiderseitigen Beziehungen aus dem Weg, die sich nun in allen Bereichen entwickeln konnten. Es folgten die Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit 1952 und eines Abkommens zur Anwerbung von Gastarbeitern 1960, das bis zum Anwerbestopp 1973 600.000 spanischen Arbeitern die Tür zur Bundesrepublik öffnete. Obwohl Spanien in der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik nur eine zweitrangige Stellung einnahm, fügten sich das gemeinsame Bemühen beider Länder um die Stärkung ihrer Binnenstrukturen mittels Eingliederung in den Westblock und die bereits vor 1945 geknüpften persönlichen Verbindungen zwischen Politikern, Beamten und Militärs zu einer sehr soliden Grundlage beiderseitiger Sympathie und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit Spanien hatte Bonn in den UN einen treuen Verbündeten bezüglich der deutschen Frage, und für Madrids Interessen wurde die Bundesrepublik zum wichtigsten Fürsprecher in Europa. Zur Stärkung der Freund- und Kameradschaft zwischen führenden Persönlichkeiten beider Länder trugen ultrakonservative Organisationen bei, z. B. das *Centro Europeo de Documentación e Información* (CEDI), dessen erster Vorsitzender Otto von Habsburg war. Anlässlich der jährlichen Versammlungen des CEDI in El Escorial besuchten Minister und Parteispitzen der CDU/CSU Madrid, wo sie von der Regierung und dem Caudillo höchstpersönlich empfangen wurden. Für derlei Freundlichkeiten bedankten sich die deutschen Gäste mit Erklärungen, in denen sie sich mit dem spanischen Wunsch auf Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Länder Europas identifizierten.⁴

3 Rainer Wohlfeil, Der spanische Bürgerkrieg 1936–1939. Zur Deutung und Nachwirkung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2 (1968), S. 101–119.

4 Birgit Aschmann, »Treue Freunde ...«? Westdeutschland und Spanien, 1945–1963, Stuttgart 1999; Walter Lehmann, Die Bundesrepublik und Franco-Spanien in den 50er-Jahren, München 2005.

Die unbekümmerte Politik der Regierung Adenauer gegenüber Franco-Spanien erhielt 1960 einen Dämpfer. Im Februar berichtete die internationale Presse über Geheimverhandlungen zwischen Bonn und Madrid. Es ging um die Einrichtung logistischer Stützpunkte der Bundeswehr auf spanischem Territorium. Den Vorurteilen gegenüber den Deutschen freien Lauf lassend, stellte die Presse den Pakt als Wiederauflage der Allianz zwischen Hitler und Franco dar. Für die Bundesrepublik war die Kampagne ein schwerer Rückschlag in ihrem Bemühen, sich als treuer Alliiertes des Westens darzustellen, und die SPD nutzte den Augenblick, um zum x-ten Mal eine Umkehr der gesamten Politik gegenüber Spanien zu fordern. Im Bundestag legte Helmut Schmidt Einzelheiten der deutschen Hilfe im Bürgerkrieg dar, widersprach der Auffassung, Franco habe sein Land vor dem Kommunismus gerettet, präsentierte Daten über den Aufenthalt von Nazis in Spanien und schloss mit dem Hinweis, die Bundesrepublik verliere in der deutschen Frage durch die bedingungslose Freundschaft mit der einzigen faschistischen Diktatur Europas ihr Gesicht. Die Gegenrede hielt Dr. Richard Jaeger (CSU), der kurz zuvor in Madrid für seine Verdienste um die spanisch-deutsche Verständigung einen Orden erhalten hatte. Unausgesprochen gab er zu, es sei ein Fehler gewesen, in Spanien Stützpunkte einrichten zu wollen, und zum ersten Mal sah er sich gezwungen, die Spanienpolitik der deutschen Regierung konstruktiv zu rechtfertigen und nicht nur als Beitrag im Kampf gegen den Kommunismus darzustellen. Jaeger bezeichnete die spanische Diktatur als autoritär, eine zukunftssträchtige Wortprägung. Der Frankismus wolle nicht die Gesellschaft indoktrinieren, wie es totalitäre Regime sehr wohl täten, und sei außerdem ein in gewisser Weise pluralistisches System mit der Fähigkeit, sich zu wandeln. Bonn begrüße diese Entwicklung und fördere die allmähliche politische, wirtschaftliche und strategische Annäherung Spaniens an Europa. Die von der SPD vertretene Isolierungsformel, so schloss Jaeger, führe lediglich zu Unterentwicklung, Zwittertracht und der Möglichkeit eines erneuten Bürgerkriegs.⁵

Die Debatte im Jahr 1960 war der Schwanengesang der radikalen Opposition der SPD gegen Adenauers Außenpolitik. Mit einer historischen Rede Herbert Wehners, ebenfalls vor dem Bundestag, gab die Partei schließlich Wochen später ihre ablehnende Haltung auf und kapitulierte vor der Westpolitik des Kanzlers. Die völlige Wirkungslosigkeit ihrer Position gegenüber Spanien spiegelte das Scheitern eines globalen Projekts für Deutschland wider, von

5 *Deutscher Bundestag*, Stenografische Berichte, 3. Wahlperiode, 108. Sitzung, große Anfrage der Fraktion der SPD betr. deutsch-spanische Beziehungen, 6.4.1960, S. 5890-5915.

dem sich die SPD-Führung nunmehr fast erleichtert verabschiedete. Ebenso wie dieses Projekt immer wieder an der Realität des Kalten Krieges zerschellt war, verhalte die Spanienpolitik der SPD in den 50er-Jahren wie ein Ruf in der Wüste. Es war für die Sozialdemokratie natürlich keine akzeptable Alternative, die Position der CDU/CSU gegenüber der Franco-Diktatur einfach zu übernehmen; infolgedessen begann die schwierige Suche nach einer Formel, die die Westpolitik mit dem Antifrankismus versöhnte.

Seit 1949 hatte die SPD ihren Mitgliedern verboten, mit Franco-Spanien Kontakt aufzunehmen. Wer diese Regel missachtete, riskierte, unter die Hufe der Basis zu geraten, wie es Bürgermeister Walter Kolb erging, nachdem er in Spanien für die Frankfurter Messe geworben hatte⁶, oder ein Parteiordnungsverfahren wie der bayrische Landtagsabgeordnete Karl Weishäupl, der in Madrid einer Militärparade beigewohnt hatte.⁷ Die formale Isolierung des Frankismus bedeutete aber nicht, dass die SPD Beziehungen zur Pariser Exilregierung der Spanischen Republik unterhalten hätte, die nur Mexiko und Jugoslawien anerkannten. Die bescheidene Delegation der Spanischen Republik in der Bundesrepublik mit Sitz in der Wohnung des Deutsch-Spaniers José María Otto Warncke in Köln war kaum mehr als eine Kuriosität, die nicht einmal die aktivsten Antifrankisten der SPD ernst nahmen. Die einzigen offiziellen Kontakte der deutschen Sozialdemokratie der Nachkriegszeit zur spanischen Wirklichkeit verliefen über die Sozialistische Internationale (SI) und den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zur *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) und ihrer Brudergewerkschaft *Unión General de Trabajadores* (UGT). Nach dem 2. Weltkrieg hatten die Ende des 19. Jahrhunderts von Pablo Iglesias gegründeten Zwillingsorganisationen unter der Führung des blassen Bürokraten Rodolfo Llopis ihren Sitz in Toulouse.

Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 1936, der Tausende Antinazis anzog, waren Spanien und seine Arbeiterbewegung für die deutsche Linke ein unbeschriebenes Blatt. Die SPD ließ sich auf diesen Konflikt kaum ein. Erdrückt von der Last ihrer eigenen Probleme zeigte die SOPADE wenig Interesse für die Ereignisse in Spanien oder die PSOE. Die Sozialdemokraten, welche die spanische Republik unterstützten, handelten ohne die Rückendeckung ihrer Partei, und viele wurden in Spanien zu Kommunisten. Rolf Re-

6 Walter Kolb an Wilhelm Knothe, 9.6.1950, AdsD, Archiv Kurt Schumacher 136.

7 Josef Othmann Zöller, Deutsche Außenpolitik in Spanien. Traditionelle Freundschaft als politische Komponente, in: Helmut Reuther (Hg.), Deutschlands Außenpolitik seit 1955, St. Augustin 1965, S. 171.